

1. Gleichwertige Lebensverhältnisse / Ländlicher Raum

Mit welchen Strategien wollen Sie dem demografischen Wandel aktiv begegnen und lebenswerte Perspektiven für alle Generationen in Sachsen-Anhalt sichern?

Wir sehen den demografischen Wandel als eine der zentralen Zukunftsfragen des Landes. Ziel ist es, die Lebensbedingungen in allen Regionen so zu gestalten, dass Perspektiven erhalten bleiben und Abwanderungstendenzen möglichst entgegengewirkt wird. Im Mittelpunkt steht dabei ein Gesamtansatz aus wirtschaftlicher Entwicklung, Sicherung der Daseinsvorsorge und Stärkung der Standortattraktivität. Dazu gehören insbesondere gute Rahmenbedingungen für Arbeit und Familie, eine leistungsfähige Infrastruktur sowie die weitere Nutzung digitaler Möglichkeiten zur Unterstützung von Verwaltung, Bildung und Versorgung. Wir wollen das soziale Miteinander aller Generationen fördern-

Welche konkreten Prioritäten setzen Sie, um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen Sachsen-Anhalts zu gewährleisten – insbesondere in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Gesundheitsversorgung, Bildung sowie Freizeit- und Kulturangebote?

Die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist aus Sicht der CDU eine dauerhafte Querschnittsaufgabe. Unterschiede zwischen den Regionen sollen nicht nivelliert, aber in ihrer Wirkung auf die Lebensqualität möglichst abgefedert werden.

Im Bereich Wohnen wird auf eine bedarfsgerechte Entwicklung und die Aktivierung vorhandener Flächenpotenziale gesetzt. Dabei geht es gerade darum bestehende Immobilien wieder attraktiv zu gestalten bzw. Brachflächen zu reaktivieren. Im Bereich Mobilität steht die Sicherstellung verlässlicher Erreichbarkeit im Vordergrund, insbesondere auch im ländlichen Raum.

Für die Gesundheitsversorgung wird die Weiterentwicklung verschiedener Versorgungsmodelle als notwendig angesehen. Wir setzen auf eine enge Verzahnung von ambulanten und stationären Angeboten. Alle bisherigen Krankenhäuser müssen als Ort der medizinischen Versorgung erhalten bleiben und die Notfallversorgung landesweit sichergestellt werden. Im Bildungsbereich kommt der Stabilität und Erreichbarkeit von Angeboten eine besondere Bedeutung zu. Kultur- und Freizeitangebote werden als wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenhalts verstanden und entsprechend berücksichtigt.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den ländlichen Raum gezielt stärken und der Abwanderung von Familien sowie jungen Menschen entgegenwirken?

Der ländliche Raum hat für uns eine hohe Bedeutung. Ziel ist es, seine Funktions- und Zukunftsfähigkeit weiter zu stärken. Dazu gehören insbesondere die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Sicherung der Erreichbarkeit von Infrastruktur und Dienstleistungen sowie die Unterstützung regionaler Initiativen. Auch digitale Entwicklungen werden als Chance gesehen, Standortnachteile teilweise auszugleichen und neue Formen von Arbeit und Versorgung zu ermöglichen. Zudem spielt das ehrenamtliche Engagement in vielen Regionen eine tragende Rolle und wird entsprechend gewürdigt.

Wie sichern und verbessern Sie eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung – insbesondere im ländlichen Raum?

Wir sehen die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im gesamten Land als dauerhafte Aufgabe. Gerade im ländlichen Raum wird dabei auf ein Zusammenspiel verschiedener Versorgungsformen gesetzt. Dazu zählen die Stärkung ambulanter Strukturen, eine bessere Vernetzung der Versorgungsbereiche sowie der Einsatz digitaler Anwendungen als ergänzendes Instrument. Auch die Rahmenbedingungen für medizinisches Fachpersonal in allen Regionen bleiben dabei ein wichtiger Aspekt. Ziel ist es, die flächendeckende und erreichbare medizinische Grundversorgung langfristig zu sichern und weiterzuentwickeln. Das gilt auch für die Apotheken sowie die Heilmittel- und Hilfsmittelversorgung.

2. Frühkindliche Bildung / Kita-Qualität Studien weisen seit Jahren auf kritische Fachkraft-Kind-Relationen in Sachsen-Anhalt hin.

Welche verbindlichen Zielwerte für den Fachkraft-Kind-Schlüssel streben Sie bis 2030 in Krippen und Kindergärten an? Wie werden diese im Landeshaushalt konkret finanziert?

Wir setzen auf eine schrittweise Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Kitas. Konkrete verbindliche Zielwerte für den Fachkraft-Kind-Schlüssel bis 2030 werden wir nicht festlegen. Entscheidend sind aus unserer Sicht die tatsächlichen Möglichkeiten im Fachkräftebereich und die finanziellen Spielräume des Landes. Verbesserungen erfolgen im Rahmen künftiger Haushaltsentscheidungen.

Wie sichern Sie die Qualität der Kita-Arbeit bei sinkenden Kinderzahlen – beispielsweise durch Kita-Sozialarbeit?

Sinkende Kinderzahlen sollen genutzt werden, um Qualität zu sichern und Strukturen stabil zu halten. Dabei setzen wir auf verlässliche Einrichtungen, flexible Lösungen vor Ort und die Stärkung unterstützender Angebote für Fachkräfte.

Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Kita- und Schulstandorte insbesondere im ländlichen Raum langfristig zu erhalten?

Wir wollen wohnortnahe Bildungsangebote im ländlichen Raum möglichst erhalten. Dafür setzen wir auf flexible organisatorische Lösungen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Trägern und Land. Die Strukturen müssen bedarfsgerecht gestaltet werden.

Wie stellen Sie sicher, dass pädagogische Fachkräfte ausreichend auf die Begleitung von Kindern mit besonderen Lebenslagen, etwa mit belastenden Vorerfahrungen oder aus Pflege- und Adoptivfamilien, vorbereitet sind?

Wir wollen die Aus- und Fortbildung weiter stärken und stärker an den Anforderungen der Praxis ausrichten. Ergänzend geht es um bessere Unterstützung der Fachkräfte im Umgang mit besonderen Lebenslagen von Kindern sowie um eine engere Zusammenarbeit mit Fachstellen. Durch eine

schnellere Bearbeitung von Anträgen sollen die sonderpädagogischen Bedarfe zügig erkannt und umgesetzt werden.

3. Schulbildung

Wie stellen Sie sicher, dass Schulsozialarbeit mindestens im bisherigen Umfang dauerhaft und verlässlich aus Landesmitteln finanziert wird?

Wir betrachten den dauerhaften Erhalt der Schulsozialarbeit als gemeinsame Verantwortung von Land und Kommunen. Ziel ist es, stabile Rahmenbedingungen zu schaffen, die Schulen, Schülerinnen und Schülern sowie den Trägern der Jugendhilfe auch nach 2028 Verlässlichkeit bieten. Dazu gehört, bestehende Angebote zu sichern, Bedarfe regelmäßig gemeinsam zu analysieren und Lösungen zu entwickeln, die insbesondere Standorte mit besonderen Herausforderungen unterstützen. Wichtig ist uns zudem, die Zusammenarbeit mit den Trägern der Jugendhilfe fortzuführen und weiterzuentwickeln, um bewährte Strukturen zu erhalten. Parallel soll die schulpsychologische Versorgung so ausgestaltet werden, dass eine flächendeckende Beratung und Betreuung gewährleistet bleiben und beide Bereiche sinnvoll ineinandergreifen.

Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie den Lehrkräftemangel nachhaltig beheben und eine stabile Unterrichtsversorgung in allen Schulformen und Regionen sicherstellen?

Die Unterrichtsversorgung stellt uns angesichts des bundesweit spürbaren Fachkräftemangels – insbesondere im pädagogischen Bereich – vor große Herausforderungen. Kurzfristig setzen wir weiterhin darauf, zusätzliche Lehrkräfte über den Seiteneinstieg zu gewinnen, um akute Engpässe abzufedern, gerade an Sekundar- und Gemeinschaftsschulen sowie in ländlichen Bedarfsregionen.

Langfristig verfolgen wir einen mehrgleisigen Ansatz, den die aktuelle Koalition auf Initiative der CDU bereits angestoßen hat und den wir konsequent weiterverfolgen wollen. Dazu gehören die hohe Anzahl an Studienplätzen, die Einführung eines dualen Lehramtsstudiums sowie eine attraktivere Einstiegsvergütung für Grundschullehrkräfte. Ergänzend schaffen Zulagen für Stellen in Bedarfsregionen zusätzliche Anreize, um Lehrkräfte gezielt dorthin zu gewinnen, wo sie besonders gebraucht werden. Darüber hinaus wollen wir die Unterstützungsstrukturen an den Schulen weiter stärken, um Lehrkräfte im Alltag zu entlasten. Die bisherigen Erfahrungen mit Schulverwaltungs- und Digitalassistenten sind positiv, weshalb wir deren Einsatz möglichst fortführen und weiterentwickeln möchten.

Für die Lehrkräftebildung gilt aus unserer Sicht: Entscheidend ist nicht allein die Zahl der Studienanfänger, sondern der tatsächliche Studienerfolg. Künftige Zielvereinbarungen mit den Hochschulen sollen daher stärker an den Bedarfen der Schulen ausgerichtet werden und die Zahl der Absolventinnen und Absolventen in den Blick nehmen. Gleichzeitig wollen wir Praxisphasen im Studium ausbauen und das Referendariat so weiterentwickeln, dass angeleitete Praxis, eigenverantwortlicher Unterricht und gezieltes Feedback stärker in den Mittelpunkt rücken.

Unser Ziel bleibt eine qualitativ hochwertige, grundständige Lehramtsausbildung mit erster und zweiter Staatsprüfung – verbunden mit modernen Ausbildungsstrukturen, die den Anforderungen des Lehrerberufs gerecht werden und langfristig für stabile Unterrichtsversorgung sorgen.

Wie wollen Sie die Bildungsinhalte an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen – insbesondere in den Bereichen finanzielle Bildung, digitale Kompetenzen und soziale Fähigkeiten?

Die CDU Sachsen-Anhalt verfolgt mit der Einführung der neuen Oberschule das Ziel, das Bildungssystem strukturell zukunftsfähig auszurichten. Die neue Schulform führt die bisherigen Sekundar- und Gemeinschaftsschulen zusammen und entwickelt sie weiter. Beide Schulformen vergeben bereits heute dieselben Abschlüsse der Sekundarstufe I. Künftig sollen ihre jeweiligen Stärken gezielt berücksichtigt und gebündelt werden. Damit schaffen wir für Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Schulträger eine verlässliche und transparente Orientierung. Die neue Oberschule ermöglicht sowohl inhaltliche als auch organisatorische Differenzierungen. Die Berufsorientierung wird konsequent an die Anforderungen der Arbeitswelt ausgerichtet. Praxisnahe Lernangebote, informatische Grundbildung und ökonomisches Verständnis sind dabei ebenso zentral wie die Förderung von Basiskompetenzen, sozialem Verhalten und Selbstorganisation. Auf diese Weise schärfen wir das Profil der Schulform und entwickeln die bisherige Sekundar- und Gemeinschaftsschule zu einer Schule der Praxis weiter.

Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, die Verantwortung für Bildung in einer Hand zu bündeln. Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss, sondern begleitet Menschen ein Leben lang. Daher verfolgen wir einen ganzheitlichen Bildungsansatz und werden die Zuständigkeiten von der frühkindlichen Bildung über Schule, Ausbildung und Studium bis hin zur Wissenschaft in einem gemeinsamen Ressort zusammenführen. Dadurch schaffen wir klare Strukturen, stärken die Kohärenz der Bildungsbiografien und ermöglichen eine abgestimmte, durchgängige Bildungsstrategie.

Um Unterrichtsstrukturen und Lehrpläne so zu modernisieren, dass Schulen flexibel auf digitale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen reagieren können, wollen wir die bestehenden Lehrpläne aller Schulformen systematisch entschlacken und neu ausrichten. Inhalte mit geringer Praxis- und Zukunftsrelevanz sollen reduziert werden, während moderne Schlüsselkompetenzen deutlich gestärkt werden. Dazu zählen insbesondere Wirtschaft, Berufsorientierung, Digitalisierung, sowie grundlegende Alltagskompetenzen.

Der Unterricht soll sich stärker an der realen Berufs- und Lebenswelt orientieren und Schülerinnen und Schüler gezielt auf die Anforderungen einer sich wandelnden Arbeits- und Gesellschaftsstruktur vorbereiten. Durch klare, verbindliche und zeitgemäße Rahmenvorgaben schaffen wir ein leistungsfähiges und anschlussfähiges Bildungsangebot in Sachsen-Anhalt. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass die bundesweite Anerkennung der Abschlüsse uneingeschränkt erhalten bleibt.

Wir möchten digitale Bildung, MINT-Kompetenzen und Englisch als erste Fremdsprache weiter stärken. Der verantwortungsvolle Umgang mit digitalen Technologien und künstlicher Intelligenz spielt dabei eine zentrale Rolle. Projekte wie die „Lernwelt Sachsen-Anhalt“ sowie praxisnahe Unterrichtseinheiten sollen Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, digitale Werkzeuge sinnvoll zu nutzen und ihre kritische Reflexionsfähigkeit auszubauen. Digitalassistenten an Schulen können künftig noch stärker dazu beitragen, digitalgestützten Unterricht zu entwickeln und umzusetzen. Gleichzeitig sollen ethische Fragen rund um KI im Unterricht thematisiert werden, um einen bewussten und reflektierten Umgang zu fördern. Die Vermittlung von Medienkompetenz wollen wir in der Lehrkräfteausbildung und -fortbildung verbindlich verankern.

Welche Strategien verfolgen Sie, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu verbessern?

Wir möchten die Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen – auch an Gymnasien – weiter stärken und praxisnah ausgestalten. Programme wie „Produktives Lernen“ und die „Praxislertage“ sollen dabei flächendeckend genutzt werden, um Schülerinnen und Schülern frühzeitig Einblicke in Ausbildungs- und Berufswege zu ermöglichen. An den Oberschulen bleibt der wöchentliche Praxislertag ein zentraler Baustein, um die Verbindung zwischen Schule und Arbeitswelt zu vertiefen.

Wichtig ist uns, dass alle Schulen ein systematisches Berufsorientierungsprogramm verfolgen und Kooperationen mit Unternehmen, Kammern und weiteren Partnern kontinuierlich weiterentwickelt werden. Ein begleitendes Monitoring soll helfen, Übergänge in die Ausbildung zu verbessern und junge Menschen gezielt zu unterstützen. Gleichzeitig betonen wir die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung und möchten die Attraktivität beruflicher Wege sichtbar machen.

4. Familienbildung und Unterstützungsangebote Die vom Land geförderten Familienzentren leisten einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Familien, insbesondere im ländlichen Raum.

Wie wollen Sie die derzeit nicht auskömmliche Finanzierung (aktuell 32.700 € für 0,7 VBE) verbessern und eine bedarfsgerechte Förderung sicherstellen?

Die Familienzentren sind aus unserer Sicht ein wichtiger Baustein der Familienbildung und der niedrigschwelligen Unterstützung von Familien, insbesondere auch im ländlichen Raum. Sie leisten einen Beitrag zur Vernetzung von Angeboten vor Ort und zur Stärkung von Prävention und Beratung.

Zur Finanzierung gilt, dass diese im Rahmen der jeweiligen Haushaltsaufstellungen und unter Berücksichtigung der gesamtstaatlichen Prioritäten erfolgt. Eine isolierte Betrachtung einzelner Fördersätze greift aus unserer Sicht zu kurz, da sich die Ausgestaltung immer im Zusammenspiel mit anderen Angeboten der Familien- und Sozialpolitik bewegt.

Wir setzen grundsätzlich auf eine Weiterentwicklung der bestehenden Strukturen und prüfen dabei auch die Rahmenbedingungen der Förderung im Hinblick auf Praxisnähe, Wirksamkeit und regionale Unterschiede. Ziel ist es, die Handlungsfähigkeit der Familienzentren langfristig zu sichern und sie bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

5. Familienarmut und besondere Bedarfe

Welche konkreten landespolitischen Maßnahmen planen Sie in der kommenden Legislaturperiode, um Kinder- und Familienarmut wirksam zu reduzieren – insbesondere bei Alleinerziehenden und Mehrkindfamilien?

Wir setzen auf einen breiten Ansatz, der verschiedene Politikfelder umfasst. Dazu gehören insbesondere die Stärkung der Erwerbsbeteiligung von Eltern, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine zielgerichtete Unterstützung von Familien in besonderen Lebenslagen.

Im Fokus stehen dabei vor allem Alleinerziehende und Mehrkindfamilien. Hier kommt es aus unserer Sicht insbesondere auf passgenaue Unterstützungsangebote, eine gute Erreichbarkeit von Betreuungs- und Bildungsangeboten sowie die Entlastung im Alltag an.

Ergänzend setzen wir auf die bessere Vernetzung bestehender Hilfesysteme und eine stärkere Ausrichtung von Unterstützungsleistungen an konkreten Bedarfslagen vor Ort.

Zusätzlich sollen möglichst alle Leistungen nur noch an einem Ort beantragt und eine automatische Meldung bzgl. der Berechtigung für solche Unterstützungsmaßnahmen realisiert werden.

An welchen messbaren Zielen wollen Sie den Erfolg Ihrer Maßnahmen festmachen?

Der Erfolg der Maßnahmen wird aus unserer Sicht nicht an einzelnen Kennzahlen allein festzumachen sein. Maßgeblich ist die Gesamtentwicklung der Teilhabechancen von Kindern und Familien im Land. Orientierungsgrößen können dabei unter anderem die Entwicklung der Armutsgefährdungsquote, die Erwerbsbeteiligung von Eltern sowie die Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten sein. Entscheidend bleibt eine kontinuierliche Betrachtung der sozialen Lage von Familien im Land insgesamt.

6. Verteilung von Sorgearbeit / Gleichstellung Studien zeigen weiterhin eine ungleiche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Müttern und Vätern.

Welche konkreten landespolitischen Maßnahmen unterstützen Sie, um eine partnerschaftliche Aufteilung zu fördern?

Wir setzen vor allem auf bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu gehören verlässliche Betreuungsangebote, flexible Arbeitsmodelle im Rahmen der Möglichkeiten sowie eine stärkere Unterstützung von Familien bei der Organisation des Alltags. Zudem wollen wir Anreize stärken, die es beiden Elternteilen erleichtern, Erwerbs- und Sorgearbeit partnerschaftlich zu gestalten. Dabei kommt auch der Weiterentwicklung von Informations- und Beratungsangeboten eine Rolle zu.

Welche Rolle sollen Schulen und Kitas bei der Vermittlung von Geschlechterrollen und Gleichstellung einnehmen?

Kitas und Schulen haben aus unserer Sicht eine wichtige Aufgabe in der frühkindlichen und schulischen Bildung im Sinne von Respekt, Toleranz und Chancengleichheit. Sie sollen Kinder unabhängig von Geschlecht in ihrer individuellen Entwicklung unterstützen und zu einem vorurteilsfreien Miteinander beitragen. Eine gezielte Rollenzuschreibung oder ideologische Festlegung lehnen wir ab. Im Mittelpunkt steht eine altersgerechte Vermittlung von Gleichwertigkeit und sozialem Miteinander.